

Schülerdemos brachten den Anstoß: Jetzt verlangt das französische Regierungslager mehrheitlich die Rückkehr zweier ausgewiesener Migranten-Kinder

AUS PARIS
DANNY LEDER

„Sie sind nicht im Unterricht, wir auch nicht“, riefen tausende Mittelschüler, die am Freitag, in Paris und mehreren weiteren Städten, für die Rückkehr zweier ausgewiesener Migrantenkinder, einem Armenier und einer Roma aus einer kosovarischen Familie, demonstrierten. Die Schüler, die schon am Donnerstag aufmarschiert waren und gestern Verstärkung durch Studenten-, Lehrer- und Elternverbände erhielten, könnten zumindest in einem Fall einen Sieg erringen.

Die 15 jährige Leonarda Dibrani, die mit ihrer Familie am 9. Oktober nach Kosovo ausgeflogen worden war und sich zurzeit in Mitrovica aufhält, könnte die Erlaubnis zur Rückkehr, wiederum mit ihrer Familie, in das ostfranzösische Departement Doubs erhalten. Dort war die Absolventin einer Hotelfach-Ausbildung, unter Protesten der begleitenden Lehrerin und Klassenkameraden, aus einem Schulbus geholt worden. Die Dibranis, eine Roma-Familie, hielt sich seit 2009 in Frankreich auf. Seit 2011 lag ein Ausweisungsbescheid vor.

Aber die Festnahme von Migrantenkindern in der Schule gilt als tabu und ist seit der Amtsübernahme von SP-Präsident Francois Hollande auch verboten. Schon sein konservativer Amtsvorgänger Nicolas Sarkozy musste davon Abstand nehmen, nachdem sich eine breite Protestbewegung von Eltern und Lehrern dagegen gestemmt hatte. SP-Bürgermeister nahmen feierliche „Patenschaften“ für die gefährdeten Kinder vor.

Dass jetzt unter einer Linksregierung dieses Tabu gebrochen wurde, erschütterte bis in die Reihen der Minister. SP-Parlamentspräsident Claude Bartolone warnte, die Linke würde „ihre Seele verlieren“. Die Lebensgefährtin von Präsident Hollande, Valerie Trierweiler, erklärte: „Ich fühle mich betroffen. Die Schule muss Chancengleichheit bieten und darf nicht ausschließen.“

Die Regierung ließ einen Untersuchungsbericht über die Ausweisung erstellen. Demnach könnte die Festnahme aus dem Schulbus heraus als Fehler eingestuft und die Ausweisung annulliert werden. Für Innenminister Manuel Valls wäre das eine erste Niederlage. Valls, der als harter Ordnungspolitiker auftritt und als populärstes Regierungsmitglied gilt, hatte die Ausweisung ursprünglich gerechtfertigt.

Die grüne Wohnbauministerin Cecile Duflot resümierte mit ironischem Unterton: „Das wichtigste in dieser Sache ist die Veranschaulichung der Integration. Leonarda war fast fünf Jahre bei uns in der Schule, und jeder konnte bei ihren Interviews hören, wie sie perfekt Französisch spricht, noch dazu mit dem Akzent des Doubs. Das beweist, dass unsere Republik Kinder integriert, von wo auch immer sie kommen.“ Das war eine Retourkutsche

für eine Äußerung von Valls, der behauptet hatte, Roma-Migranten wären wegen ihrer Lebensart kaum integrierbar.

Für Teile der französischen Öffentlichkeit ist diese Affäre auch der Anlass für eine Generalabrechnung mit dem Kurs der Staatsführung. Sie werfen Hollande vor, er würde sich den Wünschen der Unternehmerverbände und den Sparauflagen der EU komplett fügen. Das würde dazu führen, dass etliche Wähler, die 2012 für Hollande gestimmt hatten, nunmehr aus Enttäuschung Wahleuthaltung üben. Tatsächlich haben die linken Regierungsparteien (SP und Grüne, stellenweise im Verbund mit der KP, die nicht an der Regierung beteiligt ist) bisher alle Lokalwahlen seit dem Amtsantritt von Hollande verloren. In drei von 12 Fällen verbuchte die Front national von Marine Le Pen spektakuläre Gewinne.

Um der Nationalpopulistin Marine Le Pen gegen zu steuern, lässt Hollande seinem Innenminister freie Hand. Aber die Kritiker von Valls glauben, dass dieser ö vergeblich ö Le Pen hinterherlaufen würde. In der überraschenden Mobilisierung der Schüler sehen sie eine Chance, das Steuer in der innenpolitischen Debatte herum zu reißen und das nach rechts gerutschte Klima wieder aufzuhellen.